

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde.
Atomwaffen weltweit abschaffen – bei uns anfangen.
Als vor 62 Jahren das Völkermorden mit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki, mit über 55 Millionen Toten weltweit, endete, da waren sich nicht nur die Menschen der diesen Weltbrand auslösenden Staaten Deutschland und Japan, einig in der Forderung: „Nie Wieder Krieg“.

Doch zu einer weltweiten Abrüstung und Ächtung von Atomwaffen kam es nicht. Schon im Korea-Krieg wurde der Einsatz von Atomwaffen in Erwägung gezogen. Ein gigantisches Wettrüsten begann in der Phase des Kalten Krieges. Für die Bevölkerung der Regionen, in denen über- bzw. unterirdische Atomwaffentests stattfanden, hieß das Vertreibung oder lebenslanges Siechtum, auch für die folgenden Generationen. Tests wurden sie verharmlosend genannt, sie waren in Wirklichkeit Demonstrationen militärischer Überlegenheit vor dem Gegner.

Auch Deutschland hätte unter der Regentschaft Adenauers und Strauss' durch eigens hergestellte Atomwaffen gerne mitgeübt. Erst die Göttinger Erklärung von 18 deutschen Wissenschaftlern am 12. April 1957 machte diesen Plänen ein Ende.

Der nukleare Club ist größer geworden. Ein Blick auf die aktuelle Lage zeigt uns, dass die Welt heute vor allem von den über 30.000 Atomwaffen der fünf offiziellen Atommächte Russland, USA, Frankreich, Großbritannien und China bedroht wird. Diese Länder haben in den letzten 35 Jahren ihre Verpflichtungen aus dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag hartnäckig ignoriert und ihre Atomwaffen nicht wie versprochen vollständig abgerüstet.

Permanent wird der 1970 in Kraft getretene nukleare Nichtverbreitungsvertrag unterlaufen. Israel, Indien und Pakistan haben sich als Atomwaffenstaaten hinzu gemeldet. Wer für Forschungszwecke oder zur Energiegewinnung mit fortgeschrittenen Nukleartechnologien hantiert, ist potenziell auch atomwaffenfähig. Auf 40 Länder trifft dies momentan zu. Bei einem Zusammenbruch des Nichtverbreitungsregimes könnten auch in Japan, Deutschland und anderen Staaten sehr schnell Atomwaffen produziert werden.

Mit den in Deutschland gelagerten 150 Atomsprenköpfen mit ihren Trägersystemen, verstößt die Bundesrepublik gegen den Nichtverbreitungsvertrag. In Art.II NVV heißt es: „...Kernwaffen und sonstige Kernsprenkörper oder die Verfügungsgewalt darüber sind von niemanden unmittelbar oder mittelbar anzunehmen.“ In Büchel sind an Einsatzübungen deutsche Tornadopiloten beteiligt, die die Bomben im Kriegsfall nach einem entsprechenden Einsatzbefehl des US-Präsidenten ins Ziel fliegen würden. In Verbindung mit dem Mitspracherecht in der nuklearen Planungsgruppe der Nato läuft das unter dem Etikett „nukleare Teilhabe der Bundesrepublik.“

Nach Einschätzung von US-Experten lagern allein im rheinland-pfälzischen Büchel 20 Atombomben. Das Atomwaffenlager in Ramstein wurde im Frühjahr 2005

angeblich zeitweise geräumt. Die Bundesregierung verweigert jede Auskunft, wohin die 130 Bomben verlagert wurden. Auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion hat die Bundesregierung mitgeteilt, dass sie an einem mit atomaren Sprengkörpern zu bestückenden Tornado-Kontingent über das Jahr 2020 hinaus festhalten möchte.

Die nukleare Teilhabe verstößt auch gegen das Völkerrecht, das laut Artikel 25 des Grundgesetzes Vorrang vor dem Bundesrecht genießt, und gegen den Atomwaffensperrvertrag sowie den 2+4 Vertrag. Ein ausdrücklicher Verzicht auf Atomwaffen in unserer Verfassung ist längst überfällig. Auf dem Treffen der deutschen „Mayors for Peace“ schlug Bernd Hahnfeld – Richter i.R., Mitglied der Juristenvereinigung IALANA – vor, den Atomwaffenverzicht Deutschlands ins Grundgesetz aufzunehmen. Ich zitiere seinen Vorschlag einer Grundgesetzergänzung (Art. 26a):

Verzicht auf Massenvernichtungswaffen.

- 1. Deutschland verzichtet auf Entwicklung, Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen.*
- 2. Diese Waffen dürfen weder durch noch über Deutschland transportiert, noch auf dem Staatsgebiet gelagert oder bereitgehalten werden.*
- 3. Deutschland setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass es zur Aufnahme von Verhandlungen der Atomwaffenstaaten und ihrer jeweiligen Verbündeten kommt, die in redlicher Absicht geführt werden und darauf gerichtet sind, wirksame Maßnahmen zur weltweiten vollständigen nuklearen Abrüstung in naher Zukunft unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen.*
- 4. Deutschland wird sich künftig in keiner Form an einem Einsatz atomarer, biologischer oder chemischer Waffen beteiligen, und zwar weder durch Bereitstellung von Trägersystemen oder durch sonstige Formen der Unterstützung noch durch Mitarbeit in bilateralen oder multilateralen Gremien, die sich mit dem Einsatz solcher Waffen oder dessen Vorbereitung befassen.*

50 Jahre nach der bereits erwähnten Göttinger Erklärung, haben sich Wissenschaftler in der Universitätsstadt erneut mit einem friedenspolitischen Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt. Sie fordern in dem Anfang Juli verbreiteten Appell weltweite atomare Abrüstung und den Stopp von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zudem sollten sich Wissenschaftler nicht an Rüstungsprojekten beteiligen.

In der mir nicht wörtlich vorliegenden neuen Göttinger Erklärung heißt es sinngemäß: Die durch das Grundgesetz auferlegte Beschränkung der Bundeswehr auf Landesverteidigung sei in den vergangenen Jahren Stück für Stück aufgehoben worden. Deutschland beteilige sich nun weltweit an Militäreinsätzen und sogar an Angriffskriegen. Derzeit stünden 10.000 Bundeswehrsoldaten und geheim agierende Sondereinheiten in Auslandseinsätzen, die mit dem Kampf gegen Terrorismus, humanitärer Hilfe und der Förderung der Demokratie gerechtfertigt würden. Tatsächlich gehe es jedoch um Geopolitik und die Sicherung des Zugriffs auf Ressourcen.

„Wir lehnen Einsätze der Bundeswehr im Ausland unter diesen Vorzeichen ab und fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, diese einzustellen“ heißt es in dem Appell. Die Erklärung verweist darauf, dass weltweit immer noch mehr als 40.000 Atomsprengköpfe die Menschheit bedrohten. Zudem würden neue Generationen von Atomwaffen gebaut und getestet. Atommächte nutzen ihr Monopol, um andere Länder zu erpressen und mit Krieg oder atomaren Erstschlägen zu drohen. Raketenabwehr-Schilde wirkten provokativ und könnten nicht-nukleare Staaten veranlassen, ein eigenes atomares Raketensystem aufzubauen, hieß es mit Blick auf US-Pläne. Dadurch werde ein neuer weltweiter Rüstungswettlauf ausgelöst.

An dieser Stelle wollen wir der Bürgerbewegung „Freie Heide“ Beifall zollen, die seit 15 Jahren verhindert, dass die Bundeswehr und die Nato die Kyritz-Ruppiner Heide zum Bombenabwurfplatz für tieffliegende Kampfflugzeuge nutzt. Die Bürgerinitiative „Freie Heide“ hat seit ihrer Gründung 1992 105 Protestwanderungen mit mehr als 350.000 Menschen durchgeführt. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben sich für eine friedliche Nutzung des „Bombodroms“ ausgesprochen und den Verteidigungsminister aufgefordert, auf die Heide als militärischen Übungsplatz zu verzichten. Ich danke Euch.
